

Sozialpolitik in Europa¹

Der durch die Römischen Verträge eingeleitete europäische Einigungsprozeß macht deutliche Fortschritte. Trotz vielerlei Hindernisse und eines hohen Zeitbedarfs wird er weiterhin getragen von der Zustimmung einer überwältigenden Mehrheit der Menschen in Europa. Die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges wird bestätigt durch die zahlreichen Anträge anderer Staaten, in diese Gemeinschaft integriert zu werden. So wie am Anfang das Bemühen um mehr Sicherheit die Völker vereinte, so ist es heute zunehmend die Erwartung eines höheren Lebensstandards. In dieser Hinsicht ist die Entwicklung charakterisiert durch das Entstehen des gemeinsamen Marktes. –

1 Vortrag von Reinhard Mohn anlässlich einer Ring-Vorlesung an der Universität-Gesamthochschule Paderborn am 6. Mai 1992, herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung, 1992.

Wir registrieren aber auch den zunehmenden Abbau von Grenzen in der Europäischen Gemeinschaft und durch den Zwang zur Abstimmung zunehmend auch eine Reduzierung nationaler Torheiten. Die Politik ist dabei, sich Instrumente der Verständigung aufzubauen, die geeignet sind, politische Differenzen frühzeitig und leichter zu beheben. In vielen Politikbereichen ist bereits eine wünschenswerte Angleichung gelungen. Es ist aber auch festzustellen, daß die Harmonisierungsfortschritte in den einzelnen Politikbereichen sehr unterschiedlich sind. So besteht noch kein Konsens darüber, welche Bereiche in welchem Umfang angeglichen werden sollten. Immer deutlicher wird in vielen Abstimmungsprozessen, daß die Grundlage eines geeinten Europas das Konzept des Europas der Vaterländer war. Von einer Angleichung der Kulturen war nie die Rede. Dieses Ziel darf auch im Interesse des Erhalts der Vielfalt, und damit des Systemwettbewerbs, nicht angestrebt werden. Gleichzeitig ist in dieser Hinsicht zu bedenken, daß Kultur für die Menschen als Lebenshilfe unverzichtbar ist. Sie kennen die Kultur ihrer Region oder ihres Landes. Eine europäische Kultur ist für sie nicht vorstellbar. Eher ist zu erwarten, daß in der Zukunft die von den Menschen tagtäglich erlebte Kultur ihres Umfeldes, insbesondere also die Kultur der Regionen, von größerer Bedeutung sein wird.

Es ist bedauerlich, daß dem Gedanken der Vereinheitlichung und der Gemeinsamkeit in Europa noch kein ausgewogenes Konzept der Dezentralisierung von Verantwortlichkeiten gegenübersteht. Angesichts dieses konzeptionellen Defizits muß den oft geäußerten Forderungen auf schnellere Integrationsfortschritte deutlich entgegen-

gehalten werden, daß diese Prozesse sich sachgerecht entwickeln und sich damit nur in größeren Zeiträumen abspielen dürfen. Der Hinweis auf die Notwendigkeiten der Dezentralisierung und Differenzierung gilt insbesondere auch für die ebenso wichtige wie schwierige Angleichung der Sozialsysteme in Europa. In dieser Hinsicht bitte ich, die nachstehenden Ausführungen als Denkanstöße und als einen Beitrag zu dem notwendigen Dialog der europäischen Völker zu verstehen.

Sozialpolitik als integrativer Bestandteil einer Gesellschaftsordnung

Gerade in unserer Zeit wird uns drastisch demonstriert, welche Bedeutung wirtschaftliche und politische Ordnungssysteme haben. Wir mußten erfahren, daß Systeme, die dem Kriterium der Menschengerechtigkeit nicht entsprachen, gescheitert sind. Wir haben andererseits gelernt, daß alle Ordnungssysteme entsprechend dem sich ändernden Selbstverständnis der Menschen und den wechselnden Lebensbedingungen der Fortschreibung bedürfen. Diese Aussage gilt für das politische Ordnungssystem der Demokratie ebenso wie für die in unserem Lande bewährte soziale Marktwirtschaft. Es ist ein Charakteristikum unserer Zeit, daß wir unter früher nie gekannten Evolutionszwängen leben müssen. Das Ausruhen auf bewährten Ordnungen der Vergangenheit verspricht für die Zukunft weder Erfolg noch Kontinuität.

In diesem Sinne werden im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses auch die Zuständigkeiten der Natio-

nalstaaten im Verhältnis zu einer europäischen Zentralgewalt neu geordnet werden müssen. In einigen Politikbereichen erscheint mehr gemeinschaftliches Vorgehen unabweisbar und einleuchtend, z.B. in den Bereichen der Verteidigung, der Wirtschaft und des Verkehrs. In vielen anderen Zuständigkeitsbereichen der Politik besteht aber noch keineswegs Klarheit über die Verteilung der Kompetenzen. Es wäre nach allen führungstechnischen Erfahrungen verheerend, wenn wir der Maxime folgen würden, möglichst viele Aufgabenbereiche zentral durch die Europäische Gemeinschaft ordnen lassen zu wollen. Die moderne Führungstechnik hat längst erkannt, daß zentralistisch strukturierte Großorganisationen weder effizient noch evolutionsfähig sind. Staunend erfahren wir in unserer Zeit, wie die marktführenden internationalen Großunternehmen, z.B. in den Bereichen Automobilbau und Datenverarbeitung, mit den Wettbewerbsanforderungen nicht Schritt halten können und ihre Marktposition verlieren. Der gleiche Prozeß spielt sich, weniger deutlich erkennbar, in der staatlichen Verwaltung ab. Das aus früheren Zeiten übernommene Leistungskriterium der Ordnungsmäßigkeit müßte längst ergänzt werden durch die Forderungen nach Effizienz und Evolutionsfähigkeit. In diesen Bereichen verhindert nur der Mangel an Wettbewerb den Untergang der antiquierten Verwaltungsstrukturen. Für die Europäische Gemeinschaft kann mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß der Versuch einer zentralistischen Führung sowohl die Kapazitäten der verantwortlichen Stellen in Straßburg und Brüssel überfordern als andererseits auch die unverzichtbare Evolution im Bereich politischer Zuständigkeiten verhindern würde.

Neben diesem führungstechnischen Aspekt ist aber darauf hinzuweisen, daß aufgrund unterschiedlicher historischer, kultureller, politischer und wirtschaftlicher Bedingungen eine Vereinheitlichung der nationalen Ordnungssysteme weder wünschenswert noch realisierbar ist. Die politischen Diskussionen nach dem Gipfeltreffen in Maastricht beweisen, daß wir jetzt auf dem Weg zur Gemeinschaft an dem Punkt angekommen sind, an dem deutlich die Strukturen Europas im Hinblick auf Zentralisierung und Dezentralisierung definiert werden müssen.

Diese Forderung gilt insbesondere auch für die Strukturierung der sozialen Ordnungen in Europa bzw. für die europäische Sozialpolitik. Die Aufspaltung Europas in Nationalstaaten hat im Verlauf der Geschichte zu sehr unterschiedlichen Ausprägungen der Kultur und auch der Sozialpolitik geführt. Das Menschenbild, das beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland Grundlage der Sozialgesetzgebung ist, ist keineswegs identisch mit dem unserer anderen europäischen Partner. – Diese Situation hat die EG-Kommission in Brüssel sehr wohl verstanden. Nach anfänglichen Harmonisierungsversuchen hält sie sich jetzt in dieser Hinsicht zurück und begegnet entsprechenden Forderungen mit großer Reserve.

Rückblickend war es sicher richtig, die Annäherung der Nationen erst einmal in den Politikbereichen zu versuchen, bei denen gemeinschaftliches Handeln einsichtig war und in absehbarer Zeit Erfolge versprach. Ich verweise hier noch einmal auf die Bereiche Wirtschaft und Verteidigung. Bei dem heute zu beobachtenden Bemühen anderer Länder, einen Anschluß an die Europäische Gemeinschaft zu erreichen, finden wir diese Argumente wie-

derum an erster Stelle. Bei den Politikbereichen, die jedoch maßgebend durch die Kultur eines Landes geprägt sind, können durch mehr Gemeinsamkeit oder Angleichung keineswegs erstrebenswerte Wirkungen für die Menschen erwartet werden. Dies gilt selbstverständlich insbesondere für die Kulturpolitik, aber, wie Europa zwischenzeitlich gelernt hat, auch für die Sozialpolitik. Ein Beispiel, das diese Zusammenhänge besonders einleuchtend demonstriert, ist der Versuch der Durchsetzung einer europäischen Sozialcharta. Diese mit viel Idealismus erarbeitete Grundsatzordnung hat praktisch in den vergangenen Jahrzehnten zu nichts geführt. Bei dem Versuch ihrer Realisierung wurde immer wieder erkennbar, daß aufgrund eines unterschiedlichen Menschenbildes und anderer kultureller Traditionen auch die sozialen Anforderungen in den europäischen Staaten sehr differenziert beurteilt wurden. Selbst unstrittig bewährte Regelungen eines Landes waren praktisch nicht auf andere Länder zu übertragen. Die Initiatoren dieses Versuchs der Schaffung einer europäischen Sozialpolitik mußten noch einmal lernen, daß es sich bei der Europäischen Gemeinschaft um ein Europa der Vaterländer handelt. Die Bemühungen um die Harmonisierung der Sozialpolitik sind auf den erbitterten Widerstand der unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft in den Nationalstaaten gestoßen. Diese Entwicklung ist meines Erachtens nicht zu bedauern, sie ist vielmehr absolut folgerichtig. Aus der Geschichte Europas sollte uns doch deutlich sein, daß die Vereinheitlichung einen großen Verlust an gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt und damit an Evolutionsfähigkeit bedeuten würde. Die europäische Geschichte zeichnet sich durch geistige und

kulturelle Vielfalt aus. Träger der unterschiedlichen Entwicklungen waren die Regionen und Nationalstaaten. Es besteht auch heute in bezug auf die Strukturentwicklung in Europa keinerlei Anlaß, auf das System der Vielfalt zu verzichten. Deutlicher formuliert heißt das: Der europäische Einigungsprozeß würde scheitern, wenn wir eine Angleichung der Kulturen versuchten. Dieses Experiment ist im Bereich des Sozialismus versucht worden und mit sehr folgerichtigen Konsequenzen gescheitert. Ich folgere daraus für meine Ableitungen zur europäischen Sozialpolitik:

- Die Europäische Gemeinschaft muß ein »Europa der Vaterländer« bleiben und sich um den Erhalt der Vielfalt der Kulturen bemühen.
- Bei der Ausgestaltung einer gemeinsamen europäischen Politik müssen kulturell geprägte Bereiche im Interesse der Menschlichkeit und der Evolutionsfähigkeit nach den Grundsätzen der Dezentralisierung und der Subsidiarität gestaltet werden.
- Die begrenzte Anpassungs- und Lernfähigkeit der Menschen erfordert bei der Ausbildung neuer wirtschaftlicher und politischer Strukturen einen hohen Zeitbedarf. Geduld ist hier eher am Platz als politische Energie.

Hinsichtlich der Entwicklung einer europäischen Sozialpolitik sind diese Erkenntnisse keineswegs gedankliches Allgemeingut. Die erhebliche Diskrepanz im Dialog über die einzuschlagende Richtung in bezug auf den sozialen Fortschritt darf deshalb nicht verwundern. Während man auf der einen Seite anstrebt, möglichst schnell gleiche Be-

dingungen für alle Arbeitnehmer herbeizuführen, wird auf der anderen Seite aus gutem Grund darauf hingewiesen, daß sowohl die wirtschaftlichen als auch die kulturellen Prämissen einer sozialen Angleichung in Europa in gar keiner Weise gegeben sind. So ist im Interesse einer sach- und menschengerechten Entwicklung ein Zögern auf diesem Gebiet nicht zu verurteilen. Deutlicher ist zu formulieren: Die notwendigen Prämissen für eine weitgehende Harmonisierung sozialer Regelungen sind weder jetzt gegeben noch können sie in absehbarer Zukunft erwartet werden. So darf es auch nicht verwundern, wenn in Deutschland bewährte Regelungen, wie z.B. das Betriebsverfassungsgesetz, im Ausland abgelehnt werden. Fortschritte im Bereich der sozialen Strukturen müssen auf den Erfahrungen und dem Einsichtsvermögen der Menschen in den unterschiedlichen Ländern beruhen. Sofern solche Erkenntnisse noch nicht vorhanden sind, wird jede zentralistische Regelung des sozialen Fortschritts in Europa scheitern.

Diese Auffassung begründe ich nicht zuletzt aus meiner persönlichen Kenntnis des unterschiedlichen Menschenbildes und des sehr differenzierten Zielverständnisses der Wirtschaft in den europäischen Ländern. Aus führungs-technischer Erfahrung und menschlicher Überzeugung habe ich mich auch in unseren Auslandsfirmen immer wieder bemüht, Regelungen, die sich in der Bundesrepublik menschlich und ökonomisch bewährt haben, zu übertragen. Dies gilt zum Beispiel für den institutionellen Dialog zwischen Geschäftsleitung und Mitarbeitern als auch für viele andere soziale Regelungen und das wichtige Feld der materiellen Gerechtigkeit. Es ist mir bei die-

sem Bemühen immer deutlicher geworden, welchen kaum zu überwindenden Einfluß andere kulturelle Leitbilder und insbesondere ein anderes Menschenbild darstellen. – Am Rande sei in diesem Zusammenhang auch die Frage aufgeworfen, ob die in den Römischen Verträgen in Aussicht genommene Angleichung des Lebensstandards in Europa überhaupt eine realistische Zielsetzung ist. Ich selbst bezweifle die Umsetzbarkeit dieser Politik. Ich halte sie sogar im Interesse der betroffenen Menschen für falsch. Das Selbstverständnis der Menschen in den verschiedenen Ländern und die Ausprägung ihrer Kulturen zielen keineswegs in erster Linie auf gleichartige materielle Lebensbedingungen hin. In vielen Ländern hat die geistige Orientierung oder auch ein größerer persönlicher Freiraum einen deutlich höheren Stellenwert als zum Beispiel der Lebensstandard in der Bundesrepublik. Es ist mir deutlich, daß bei den vorbereitenden Verhandlungen zu den Römischen Verträgen die Forderung nach Angleichung des Lebensstandards mit den dazugehörigen Transferzahlungen ein sehr hilfreiches politisches Argument war. Aus den Erfahrungen mit solchen Transferzahlungen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in Europa sollten wir aber ableiten, daß diesen Harmonisierungsbestrebungen besser keine Priorität einzuräumen ist. Für die Menschen befriedigender und für sie viel wichtiger wird es sein, ihnen eine Chance zur Selbstverwirklichung im Rahmen ihrer gewachsenen kulturellen Vorstellungen zu verschaffen. Eine solche Zielsetzung erscheint mir realistischer und menschengerechter als die von der EG praktizierte Transfer-Politik.

Sozialpolitischer Handlungsspielraum in der Europäischen Gemeinschaft

Meine zuvor gemachten einschränkenden Bemerkungen zur europäischen Sozialpolitik bitte ich aber nun nicht dahingehend zu interpretieren, daß auf diesem Feld keinerlei Handlungsbedarf besteht. Im Gegenteil: Die menschengerechte Strukturierung der Gesellschaft und insbesondere der Wirtschaft halte ich für ein vorrangiges politisches Ziel und eine Prämisse weiterer wirtschaftlicher Erfolge. Es gibt deshalb gute Gründe, darüber nachzudenken, wie die Strukturen der Sozialpolitik in einem vereinten Europa zu gestalten sind. Diese Aufforderung richtet sich sowohl an die Politiker der Nationalstaaten und der EG als auch insbesondere an die Tarifpartner in den verschiedenen Ländern. Vorherrschend erscheint mir im Augenblick noch bei den Tarifpartnern die Tendenz, den durch nationale Grenzen abgesteckten Raum mit seinen gewachsenen sozialen Regelungen zu verteidigen und zu bewahren. Darüber hinaus ist es mir unverständlich, wie wenig Interesse aufgebracht wird, aus der sozialpolitischen Erfahrung anderer Länder zu lernen. Dieses würde auch den Tarifpartnern in der Bundesrepublik gut anstehen! Es ist nämlich ganz gewiß nicht damit getan, Regelungen, die unseren Bedingungen entsprechen und die sich bewährt haben, als Optimum zu betrachten. Wir alle können in Europa voneinander lernen und sollten bemüht sein, durch systematische Analyse und Auswertung dieses auch zu tun. In dieser Hinsicht kommt auf die Tarifpartner ein großer Lernprozeß zu, der zugleich auch die Chance beinhaltet, im gemeinsamen Dialog an der

Weiterentwicklung der Sozialpolitik mitzuarbeiten. Dabei ist die Akzeptanz der Differenziertheit ein realistischer Grundsatz als der Versuch der Angleichung.

Schon in den letzten Jahren wurde auf internationaler Ebene immer deutlicher, daß gesellschaftliche und soziale Regelungen einen erheblichen Einfluß auf die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und ihrer Industrie haben. In dem sich anbahnenden Markt ohne Grenzen werden die nationalen Regelungssysteme als wichtige Erfolgskomponenten der Gesellschaft und Wirtschaft unter den Druck des Wettbewerbs gestellt. – Ich vermute, daß die in unserer Zeit zitierte Gefahr eines großen Migrationsstromes in Europa sich in der Praxis als ein handhabbares Problem erweisen wird. Die theoretisch damit verbundene Gefahr eines Sozialdumpings kann man, wie wir erfahren haben, abwenden. Andererseits müssen wir erkennen, daß die menschengerechte Strukturierung unserer Gesellschaft und insbesondere eine entsprechende Ausgestaltung der nationalen Sozialpolitik entscheidend sein wird für die Evolutions- und Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Im Interesse der Erfolgssicherung und des Zukunftserfolges müssen wir deshalb im Rahmen unseres nationalen Kulturraums an der Fortschreibung der Sozialpolitik interessiert sein.

Die Schaffung menschengerechter Strukturen in der Wirtschaft betrifft aber nicht nur die Sozialpolitik, sondern insbesondere auch die menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Diese Forderung richtet sich in erster Linie an das Zielverständnis in der Wirtschaft und an die Führungstechnik. Neue Produktionsbedingungen haben auch in der Bundesrepublik deutlich gemacht, daß

hierarchische Strukturen in den Unternehmen den Anforderungen des Wettbewerbs und des Evolutionszwanges nicht mehr gewachsen sind. Mehr und mehr wird verstanden, daß eine unverzichtbare Prämisse für Leistung und Fortschritt in der Identifikation der in der Wirtschaft tätigen Menschen mit ihrer Aufgabe besteht. Diese Überzeugung wird bestätigt durch die unterschiedliche Impulskraft der Volkswirtschaften in den USA, Japan und Europa. So wie wir in bezug auf die Ausgestaltung der Unternehmenskultur einen Wettbewerb globalen Ausmaßes beobachten, müssen wir damit rechnen, daß sich diese Erfolgsfaktoren auch in Europa und in der Bundesrepublik ausprägen werden. Die richtige Gestaltung der Unternehmenskultur muß infolgedessen als eine Herausforderung und Chance der Sozialpolitik verstanden werden. Dies geht insbesondere die Tarifpartner an, die sich in ihrem Dialog auf überlieferte Positionen zurückgezogen haben. Wir werden in den kommenden Jahrzehnten erfahren, daß der europäische wie der internationale Wettbewerb die Überprüfung überkommener Ziele und Verhaltensweisen der Tarifpartner unabdingbar macht. Ich sehe in dieser Hinsicht zwar erste Bemühungen – die aber überwiegend von privater Initiative getragen sind. Insgesamt wage ich nicht zu behaupten, daß in Europa die Tarifparteien die Dimension des anstehenden Umstellungsprozesses schon erfaßt haben. So sehr ich alle Bestrebungen begrüße, Kontakte und Dialoge unter den Organisationen der europäischen Tarifpartner zu etablieren, so sehr bezweifle ich die Möglichkeit, auf diese Weise auf der Basis früherer Gewohnheiten zu dem sozialpolitischen Konzept zu kommen, das die Wirtschaft in Europa

für die Zukunft braucht. Die Notwendigkeit demokratischer Meinungsbildung in den Organisationen der europäischen Tarifpartner macht die Unbeweglichkeit und Beharrungstendenz verständlich. Sicherlich kann in diesem jetzt entstehenden internationalen Dialog auch manch Nützliches gelernt werden. Der Systemvergleich der Praxis der Tarifpartner kann ohne Frage zu einem hilfreichen Lernprozeß führen. Ich fürchte aber, daß die daraus entstehenden Wirkungen in Relation zu der uns bevorstehenden Herausforderung als unzureichend bewertet werden müssen.

Bei der weit verbreiteten Beharrungstendenz sowie der zu beobachtenden Neigung zur Verteidigung der Besitzstände der Tarifpartner besteht für die Europäische Gemeinschaft die Gefahr, den Zeitpunkt für die Anregung einer weiterführenden Konzeption in der europäischen Sozialpolitik zu versäumen. Wenn meine Vermutung zutrifft, daß weder die Europäische Gemeinschaft noch die Tarifpartner und Politiker der Länder in der Lage sein werden, eine Evolution in der Sozialpolitik auszulösen, stellt sich die Frage, wer in dieser Hinsicht einspringen kann. Mir scheint, daß sich hier die Vielfalt der Initiativen innerhalb der europäischen Kulturen im Sinne eines sozialpolitischen Systemwettbewerbs bewähren muß. Erste Anfänge einer solchen Entwicklung können schon heute festgestellt werden. So wird wohl kaum noch ein Land in Europa Sozialpolitik betreiben, ohne die Rückwirkung der entsprechenden Maßnahmen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit abzuwägen. Auch ist bereits das Entstehen eines Systemwettbewerbs in bezug auf soziale Regelungen unter den europäischen Ländern fest-

zustellen. Dieser Wettbewerb reicht von der Sozialgesetzgebung über die Steuerpolitik bis zur Praxis der Tarifpartner. Die international operierende Wirtschaft hat längst gelernt, die Auswirkung nationaler Rahmendaten zu berücksichtigen. Die Debatte um den Standortvorteil bei Investitionen und die daraus resultierenden Konsequenzen zeigen, daß die nationalen Einflußfaktoren unter den Druck des internationalen Systemwettbewerbs geraten. Diese Entwicklung wird von vielen Seiten bedauert und bekämpft. Selbst die europäischen Staaten versuchen immer wieder, den Systemwettbewerb durch gesetzliche Maßnahmen abzuschwächen. Ich bin aber davon überzeugt, daß diese Verteidigungsstrategie auf Dauer nicht zum Erfolg führen wird. – Dazu kommt, daß der Freiraum nationaler Zuständigkeit im Rahmen der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zunehmend begrenzt wird. Dies gilt zum Beispiel für die Finanzpolitik und die Schaffung einer gemeinsamen Währung in Europa. Die Aufgaben der Sozialpolitik verlangen nicht in erster Linie die Verteidigung des Status quo, sondern eine menschen- und sachgerechte Vorwärtsstrategie!

Auch wenn die derzeit verfolgte Strategie einer sozialpolitischen Ordnung in Europa nicht sehr überzeugend ist, sollten wir daraus nicht ableiten, daß wir vor einer unlösbaren Aufgabe stehen. Eine sozialpolitische Fortschreibung kommt einer kulturellen Entwicklung gleich. Solche Prozesse brauchen naturgemäß Zeit für Erprobung und Gewöhnung. Hilfreich für die Evolution ist dabei der Zwang zum Handeln, und mir scheint, daß wir diesen Zwang in der Zukunft in Europa immer deutlicher verspüren werden. Wenn die überkommenen und zustän-

digen Strukturen keinen Ausweg aus der Situation aufzeigen, sollten wir überlegen, wer in unserer Zeit die Chance hat und zugleich interessiert ist, eine solche Initiative zu ergreifen. Dabei denke ich an die Möglichkeiten verschiedener Gruppen, zur Lösung des Problems beizutragen. Ich erwähne beispielsweise die Bereiche der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft. Die Aufgabenstellung wird nicht nur Sachkenntnis verlangen, sondern vor allen Dingen auch die Befähigung zur kreativen Gestaltung. Ich bin überzeugt, daß in dieser Hinsicht zuerst die auf Erfolg bedachten Unternehmer begreifen werden, daß eine menschlich gestaltete Arbeitswelt eine unverzichtbare Prämisse für den Erfolg ihres Unternehmens geworden ist. Wir brauchen angesichts des Schwierigkeitsgrades der in unserer Zeit der Wirtschaft gestellten Aufgaben den Konsens, die Identifikation und die Kreativkraft von allen in der Wirtschaft tätigen Menschen. Bedingungen in den Unternehmen zu schaffen, die diesen Forderungen entsprechen, liegt sehr wohl in der Hand der Unternehmer und der Manager. Es ist nämlich nicht so, daß vorhandene gesetzliche Regelungen solche Initiativen verbieten. Der Freiraum für die Ausgestaltung humaner und sozialer Bedingungen in der Wirtschaft ist vorhanden! Die menschlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in dieser Richtung voranzukommen, will ich nicht unterschätzen. Ich habe sie selbst erfahren. Das Einsichtsvermögen vieler Betroffener scheint mir durch falsche Vorstellungen in bezug auf ihre eigene Interessenlage getrübt zu sein. Aber gerade die Unternehmer werden schon bald unter den sozialpolitischen Druck geraten, der neue Lösungen unverzichtbar macht. Der Erfolgszwang und der wirtschaftli-

che Wettbewerb in Europa und der Welt werden auch im sozialpolitischen Bereich zu Systemfortschreibungen führen. Wer in der Lage ist, die Erfolgsstory von Firmen und Ländern in unserer Zeit zu analysieren und zu interpretieren, kann auf die Einbeziehung der sozialpolitischen Komponente nicht verzichten.

Zum Vergleich und zur Bewertung meiner Auffassung in bezug auf die notwendige Fortschreibung sozialer Strukturen verweise ich auf den Weg, den die deutsche Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg gegangen ist. Die Freiheit, die den Unternehmungen nach 1948 eingeräumt wurde, löste Lernprozesse aus und regte zu unternehmerischen Lösungen an. Dies betraf keineswegs nur wirtschaftliche und finanzielle Prozesse. Mit Kreativität wurden in den Betrieben auch Lösungen entwickelt, die geeignet waren, Identität mit der beruflichen Aufgabe zu schaffen und zugleich sozialen Frieden zu gewährleisten. – Diese Kreativität bei Unternehmern, Politikern, Wissenschaftlern und Tarifpartnern ist in unserer Zeit gefragt. Die anstehenden Aufgaben werden nicht durch Vereinheitlichung und Perfektionierung bewältigt, sondern durch die Gewährleistung von Gestaltungsfreiraum im Bereich der Sozialpolitik. Die Unternehmer haben in dieser Hinsicht auch unter den heute gegebenen Bedingungen schon eine gute Chance. Es ist aber unverzichtbar, daß wir vorhandene Regelungen überprüfen und durch neue ersetzen. Nicht zuletzt gilt das auch für die Fortschreibung des Zielverständnisses aller an der Wirtschaft Beteiligten! Während ich auf der einen Seite in bezug auf die europäische Sozialpolitik auf die Befähigung der Menschen setze, mit Hilfe ihrer Kreativität den Zwängen zu begeg-

nen und neue Lösungen zu finden, so sehe ich auf der anderen Seite auch Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft, diesen Prozeß gedanklich zu begleiten und zu erleichtern. Diese Hoffnung basiert auf der Erkenntnis, daß die Initiative der Länder, der Wirtschaft und der Unternehmungen entscheidend sein wird für die Fortschreibung. Der EG ist es möglich, dafür zu sorgen, daß die heute vorhandenen und sich entwickelnden Strukturen erkennbar und bewertbar sind. Der Lernprozeß in Europa kann auf diese Weise beschleunigt werden. Betroffen von diesem Lernprozeß sind viele Gruppen, insbesondere natürlich die Unternehmer, die Tarifpartner und die Politiker. Das Bewußtmachen des sozialpolitischen Prozesses ist die Basis für Vergleich, Bewertung und Anregung. Hier kann die EG eine wichtige Hilfestellung übernehmen.

Zugleich wird es eine Aufgabenstellung für die EG sein, Friktionen abzubauen, die sich aus dem gemeinsamen Markt und der Freizügigkeit aller Menschen in Europa ergeben. Diese Aufgabe ist schon in den vergangenen Jahren gesehen und gestaltet worden. In der Zukunft wird die Gewährleistung der Verträglichkeit unterschiedlicher Regelungen in einem gemeinsamen Markt eine Herausforderung für die EG sein.

Zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt ist es auch denkbar, daß sich in einigen Bereichen der Sozialpolitik einheitliche Regelungen in den verschiedenen Ländern durchsetzen. Das wäre dann der Zeitpunkt für die EG, die Ausgestaltung einer für alle Völker gültigen Sozialcharta in Europa erneut zu versuchen. – Diese Funktion möchte ich aber nicht überschätzen: Sowenig wir die Integration der europäischen Kulturen anstreben, sowenig wird es

möglich sein, in allen Fragen eine einheitliche europäische Sozialpolitik zu entwickeln.

Es wäre aber hilfreich, wenn auch die EG-Zentrale in Brüssel die Prämissen europäischer Sozialpolitik überprüfen und dann im Sinne der Zuständigkeit formulieren würde. Niemand sollte sich darauf berufen dürfen, daß Brüssel für die Fortschreibung der Sozialpolitik in Europa verantwortlich ist. Eine klare Definition der Zuständigkeiten und Freiräume wäre für das Entstehen von Initiativen hilfreich.

In diesem Sinne rufe ich noch einmal alle für die Gestaltung unserer sozialen Politik in Europa Verantwortlichen auf, ihren Freiraum zu nutzen und die sozialen Strukturen fortzuschreiben. Europa muß aus seiner Vielfalt leben! Nur die Vielfalt geistiger Bestrebungen und praktischer Bemühungen kann im Sinne des Systemwettbewerbs zu Lösungen führen, die den Arbeitsbedingungen und dem Menschenbild unserer Zeit entsprechen.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, auch auf die Notwendigkeit der geistigen Orientierung hinzuweisen. – In dem Streben nach Freiraum und individualistischer Lebensgestaltung laufen wir Gefahr, unsere Gemeinschaftsfähigkeit zu verlieren. Die Überbetonung materieller Ziele und die Geringschätzung einer ethischen Orientierung haben schon heute zu einer bedauerlichen Belastung der Gesellschaft geführt. Die Maßstäbe und Regeln der Vergangenheit in bezug auf die Ordnung unserer Gesellschaft entsprechen nicht mehr dem von uns im Bildungswesen angestrebten Menschenbild. Nach ihrem heutigen Selbstverständnis suchen die Menschen in ihrem Leben auch Selbstverwirklichung. Die Strukturen

in der Wirtschaft entsprechen diesem Wunsch nur in seltenen Fällen. – Die Gestaltung einer menschengerechten Sozialpolitik wird ohne eine neue geistige Orientierung nicht möglich sein!

Lassen Sie mich abschließend meine Gedanken zur Fortschreibung der europäischen Sozialpolitik noch einmal in einigen Thesen zusammenfassen:

1. Angesichts der Unterschiedlichkeit der Kulturen der europäischen Nationen und der in ihnen integrierten Sozialpolitik muß sich die Europäische Gemeinschaft im Bereich der Sozialpolitik auf eine Koordinierungsfunktion beschränken.
2. Träger der sozialpolitischen Entwicklung und Zuständigkeit bleiben die einzelnen europäischen Länder. Die Unterschiedlichkeit sowohl der europäischen Kulturen als auch der entwickelten Sozialordnungen sowie ihre notwendigen Fortschreibungen müssen im Hinblick auf ihre Evolutionsfähigkeit positiv gewertet werden und auch langfristig erhalten bleiben. Ähnlich wie in anderen Lebensbereichen gewährleistet der Wettbewerb der Systeme am besten den Fortschritt.
3. Die EG ist dafür verantwortlich, Regelungen für eine Begrenzung von Schäden zu schaffen, die aus der Unterschiedlichkeit von Kultur, Produktivität und Sozialordnung der einzelnen Länder in dem gemeinsamen Markt und Lebensraum resultieren.
4. Die in den Römischen Verträgen aufgestellte Zielsetzung der Angleichung der Lebensbedingungen in ganz Europa ist unrealistisch und auch aus politischer Sicht nicht erforderlich. Relevante Transferleistungen sollten deshalb nach Umfang und Dauer begrenzt werden.

5. Die Europäische Gemeinschaft muß den sozialen Fortschritt durch Forschungsförderung, Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch unterstützen.
6. Der Wettbewerb und die Leistungsanforderungen des internationalen Marktes werden menschengerechte Sozialordnungen auf die Stufe erstrangiger Erfolgsfaktoren befördern. Die Wirtschaft und insbesondere die multinationalen Unternehmen haben allen Grund, mit Engagement, Kreativität und Energie den Ausbau der Sozialordnungen zu fördern und mitzugestalten.
7. Die Kultur und Erfahrung der europäischen Völker beinhalten eine große Chance, im globalen Wettbewerb der Systeme voranzukommen und erfolgreich zu bestehen. Sicherheit und Fortschritt verlangen aber von uns allen die Bereitschaft zur Fortschreibung der Sozialpolitik und die Fähigkeit zur Entwicklung neuer Ziele und Lösungen.

Meine Damen und Herren, zu der komplexen Thematik einer europäischen Sozialpolitik konnte ich Ihnen heute keine umfassende Lösung präsentieren. Vielmehr lag mir daran, Ihnen die sozialpolitischen Prämissen aufzuzeigen, verbunden mit möglichen und notwendigen Handlungsalternativen. Die anstehende Aufgabenstellung ist schwierig – sowie andererseits auch von gravierender Bedeutung. Wir alle sollten uns verantwortlich und aufgerufen fühlen, im gemeinsamen Dialog und durch geeignete Initiativen die Thematik voranzubringen. Auch wenn wir in der Bundesrepublik Deutschland einen aner kennenswerten sozialpolitischen Status erreicht haben, müssen wir doch verstehen, daß in dieser vom Wandel gekenn-

zeichneten Zeit die Lösungen der Vergangenheit keinen Bestand haben werden. Wir alle sind aufgerufen, in gemeinsamer Verantwortung für die Zielfindung neue Wege zu suchen. Ihr Interesse und Ihre Stellungnahmen können dazu beitragen. Menschlichkeit, Kreativität, Mut und Toleranz sind gefordert. Die Aufgabenstellung ist lösbar – helfen Sie mit!